

Zur Lage der Parteien nach ihren Bundesparteitagen vor Jahresende 2019 und mögliche Auswirkungen für die Bundestagswahl 2021. Dieser Einschätzung liegen die Stärkeverhältnisse der Parteien auf Bundesebene unter dem vom Arbeitskreis DRITTER WEG - A3W für **nötig erachteten Wechsel zu einer Mitte-Linksregierung zugrunde.** Für die dafür in Betracht kommende SPD, LINKE, GRÜNE zusammen hat sich die Lage gegenüber 2018 nicht geändert, wenn auch der Anteil der GRÜNEN auf ca. 20% stieg, der Anteil der SPD von 25 % bei der Wahl 2017 auf 13-15% sank. Alle drei zusammen lagen nach der Europawahl bei den **Umfragen ab Mai 2019 zwischen 44 und 48%**; wobei sich die LINKE bei 9% stabilisierte, unabhängig von ihren Verlusten bei der Landtagswahl Brandenburg u. Sachsen und ihrem Erfolg von 31% in Thüringen, wo sie stärkste Partei wurde und der CDU 6% Stimmen abnahm. Auf Bundesebene stabilisierte sich die CDU bei 25%, die GRÜNEN bei 25%. Wie A3W einschätzte, änderte sich durch die Parteitage nichts und bei der **ersten Sonntagsumfrage Ende Januar 2020** lag die CDU mit leichtem Vorsprung von 26 % vor GRÜN mit 24%. SPD erhielt 14% und LINKE 9%. **Mitte-Links kann weiter rechnen, als Minderheitsregierung gemäß GG Art. 63. 4. die nächste Regierung zu stellen.**

Voraussetzung ist, dass diese das auch wollen. Es ist beim weiteren Übergewicht der alten SPD-Kader, vor allem aus jetziger Bundestagsfraktion und bei nur geringem Gegengewicht der zwar von der **Mitglieder Mehrheit knapp gewählten neuen Parteispitze**, nicht damit zu rechnen, dass die SPD in 1 ½ Jahren die **angestrebte Erneuerung schafft** und bei den LINKEN zeigt sich erst im Februar, ob sie als **Fundamentalopposition ihre Fernziele** in Außen- und Wirtschaftspolitik als bisher **völlig unklaren demokratischen Sozialismus**, den ja auch ein Teil des linken SPD-Flügels will, vertritt oder ein **Sachprogramm**, wie etwa in Thüringen, **in das Dreierbündnis einbringt.** Wenn GRÜN den „gestalterischen Führungsanspruch für das Land“ (Interview mit der TAZ 11,712. 1.) in Koalition mit SPD und LINKEN so stark durchsetzen will, dass sich **die anderen mit ihrem Anspruch auf Teile daran nicht wiedererkennen**, kommt sie nicht zustande und es bleibt GRÜN die CDU übrig. Egal ob mit jeweils geringem Vorsprung wie z. Zt. die CDU mit 26% zu 24% oder umgekehrt. Selbst unter grüner Führung kann A3W als grüne Gründungsgruppe 1977 bei der Kreiswahl Hildesheim und Landtagswahl 1978 als GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ-GLU den GRÜNEN nur abraten, **Sozialökologie mit der kapitalistischsten Partei CDU** zu realisieren.

In 50 Jahren Nachkriegsdeutschland hat diese stets die Interessen der Großfinanz, Großbanken und Großkonzerne gegen die Interessen des Volkes vertreten. Das begann mit Übernahme der von den westlichen Siegermächten 1948 erlassenen **Währungsreform als zu hortendes - daher zinserpresendes Geld durch die Adenauer-CDU** für die Bundesrepublik, obwohl es gerade die Hortwährung war, die die Weltwirtschaft in die **systemimmanenten Krisen und Weltkriege 1914 und 1929 über die Weltwirtschaftskrise** mit ihren Vorkriegen in der Mandschurei, Spanien und Abessinien **1939 in Weltkrieg II führte, wobei der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen ein weiterer Vorkrieg geworden wäre, wenn die Westmächte nicht zu ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen gestanden hätten.** Ausführlich: G. Otto der "Weg zu Weltkrieg I und II"-8 S. DIN A4, € 3,50. In 50 Jahren führte das **ZINSESZINS-SYSTEM** über die Regierungen Kohl und Merkel ohne -Widerstand der SPD-Zwischenregierungen in die **größte deutsche Armuts-Reichtumsfalle** mit über 500 Mrd. €, die ca. 90 % des Volkes für 10% Zinskassierer nach Berechnung des Geldanalytikers Helmut Creutz, die vom Philosophen Richard David Precht geteilt wird. **Umseitig wird die ZINSESZINS- und die BODEN-WOHNUNGSFRAGE in ihrer Bedeutung für eine MITTE-LINKSREGIERUNG skizziert und erläutert, dass gerade unter dem Sechs-Parteiengefüge im nächsten Bundestag MITTE-LINKS beste Chancen hat, wenn diese Parteien es ernsthaft wollen!**

In diesem Wahlkampf verteidigt jede Partei ihre Stellung und sucht Schwachstellen bei anderen zur Verbesserung der eigenen Lage. Daher wird sich auch bei möglichen Änderungen in einigen Ländern an der ersten 2020-BUNDESUMFRAGE kaum etwas ändern. Die AfD wird daher mit 13 -15% der Stimmen vertreten sein, zu der auch die CDU immer wieder erklärte, auf keinen Fall zusammen zu arbeiten. Solange sie das durchhält - auch gegenüber ihrem rechten Flügel - und solange GRÜN Versuchungen an der rechten Seite widersteht, dürfte es rein rechnerisch **kein anderes Bündnis als GRÜN-RQT-ROT geben. Das Meisterstück muss ein bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirkendes Programm sein, mit dem sie auch aus der Minderheit eine weitere Regierungszeit sichern kann.** Für dieses erste Programm bieten die A3W-Boden-Wohnungsvorschläge, die sich mit den vom früheren OB von München, Dr. Hans-Joachim Vogel in seinem neuen Buch „**Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung, nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar**“ entwickeltem Programm voll decken, das nicht nur verfassungskonform ist und was für die erste Wahlperiode noch wichtiger ist, in der kapitalistischen Wirtschaft anzugehen ist, das nach **vier Jahren mehr neuer Wohnraum für Hunderttausende auch in Ballungsgebieten zu bezahlbaren Preisen und für alle ein Stopp weiterer Verteuerung des Wohnens und der Bodenspekulation erreicht wird.**

GRÜN bereitete den LISOS, ihren Liberalsozialen aus der GLU-Zeit, zuerst durch aus den SDS-Resten von 1968 in sie einströmenden K-Gruppen, dann ab 1990 zu Kapitalanos werdenden Realos (Joschka Fischer) wie Linken (Jürgen Trittin) eine Niederlage nach der anderen, so dass ihre Reste, auch mit dieser Sendung feststellen wollen, ob sie überhaupt noch - oder schon wieder - 20 Unterschriften für einen Antrag zur Geld- und Bodenreform nach der noch gültigen Uralsatzung mit dieser und nächster Sendung Nr. 87 schaffen. Bedeutet das, dass für eine Mitte-Linksregierung für Änderung der Boden-Wohnlage eher auf SPD, deren Vorsitzender auch mal HJ. Vogel war, und auf LINKE zu setzen ist als auf GRÜN?

Änderungen des jetzigen Geldrechts sind schwerer durchzusetzen. Einmal schon deshalb, weil die EZB auch nach dem Wechsel von Mario Draghi an Christine Lagarde an dessen Geldpolitik festhält und weiter die **Kapitalmindestrentabilität von 3-2%, das ist nun einmal im Kapitalismus der eigentlich Zweck der Produktion, sichern will.** Im Unterschied dazu baut umlaufgesichertes Geld nach Gesell die Kapitalrendite, den Zins bis um Null schwankend ab. **Marx nennt das den Fall der Profirate.** Auch hier gibt es einen Unterschied ist, und hier folge ich dem ehm. Vorsitzenden der PDS, Dr. Gysi in „Wir brauchen einen dritten Weg“ dass „**Marx keine Theorie des Sozialismus, sondern eine Vision für eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft schuf**“, Seite 13 des Buches, Sommer 1990. Marx schrieb seine „Vision“, besser Analyse des Kapitalismus, 20-30 Jahre vor Gesells Theorie und dieser **zeigte mit UMLAUF-GELD auch Wege aus dem Kapitalismus in den Sozialismus.** Unter der Regie der EZB und der EU sollten Vorstufen der Gesellschen Lösungen regional als Tauschringe, Regionalgeld *, wie derzeit auf Sardinien mit dem am „Wörgler Wunder“ ausgerichteten Sardex, Bodengenossenschaften, selbstverwaltete auf Gemeinnützigkeit statt Gewinn ausgerichtete Wirtschaftsvereinigungen, auch Banken **nach Vorschlägen der Linkenpolitikerin Sarah Wagenknecht erprobt werden**, deren „Reichtum ohne Gier“ von A3W vierseitig besprochen wurde, auch ihre Schwachstelle, dass sie mehrfach die nötige neue Geldordnung nennt, sich aber in die Vollgeldtheorie verstieg, deren berechtigtes Anliegen von Freigeldlern wie Prof. Irving Fisher schon in den 30iger Jahren in „100 %-GELD“, jetzt in deutsch über A3W zu € 18 - anerkannt wurde. **In 2. Regierungszeit sollte eine Mitte-Links-Regierung das „Unrecht“ einer den Interessen der Finanzmächte dienenden „schlechten“ Zinspolitik in die Hoheit der EU zurückholen, um Geld künftig im Interesse der Völker zu verwalten.**